



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**17. Sitzung des Werkausschusses EBL**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.06.2025	
Sitzungsbeginn:	16:31 Uhr	
Sitzungsende:	17:27 Uhr	
Sitzungsort:	Naturwerkstatt Priwall, Fliegerweg 5 - 7, 23570 Travemünde	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Klaus Hinrich Rohlf - CDU		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Frank Zahn - SPD		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Frank Heidemann - Die Fraktion		Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Klaus Lange - SPD		Vertretung für: Herrn Julian Lange
Ralf Alexander Giercke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn Detlef Thannhäuser
Astrid Helzel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Jan Ingwersen - CDU		
Dr. Volker Koß - LINKE & GAL		
Sonja Lengen - SPD		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Silke Wolff - FDP		
<b>Verwaltung</b>		
André Baudisch - 3.700 EBL- PSR SRL		
Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		
Mathias Mucha - 3.700 Entsorgungsbetriebe Lübeck		
Matthias Pommer - PR EBL		
Enno Thyen - 3.700 EBL		
Thomas Valdiek - 3.700-EBL		

<b>Protokollführung</b>	
Susanne Bak - Entsorgungsbetriebe Lübeck	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	abwesend
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Bastian Langbehn - Die Fraktion Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	abwesend
Julian Lange - SPD	abwesend
Detlef Thannhäuser - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	abwesend

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.04.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.05.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.3	Mitteilungen der Direktion	
3.3.1	Aktuelle Baumaßnahmen	
3.3.2	Info Winterdienst Rufbereitschaft	
3.3.3	Netzwerktreffen der Lübecker Repaircafés	
3.3.4	10. Flohmarkt für den guten Zweck	
3.3.5	Infoveranstaltung zum Schutz vor Starkregen	
3.3.6	Klimaschutzpreis Sparkassenstiftung	
3.3.7	AM Volker Koß (GAL): Nutzung von Gartensprengwasserzählern (§ 7 Abs.1 EwGS)	<b>VO/2025/14303</b>
4	Berichte	
4.1	Quartalsbericht IV/2024 der Entsorgungsbetriebe Lübeck	<b>VO/2025/14291</b>
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	



Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit und dankt für die Besichtigung des Priwalls.

Er stellt fest, dass ein zu verpflichtendes (stellvertretendes) bürgerliches Ausschussmitglied anwesend ist und bittet dieses, sich zu erheben. Er verpflichtet folgenden Anwesenden:

Herrn Ralf Giercke

mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOPs en bloc abstimmen: Die Beschlussfassung (Annahme) ergeht einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden und Gästen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist und lässt über die Teilnahme von Frau Bak, Herrn Wetter, Herrn Thyen, Herrn Baudisch, Herrn Valdiek, Frau Gercke und Herrn Pommer. Es gibt keine Einwände und die Teilnahme ist damit beschlossen.

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.04.2025**

Herr Zahn bedankt sich bei Frau Gercke, dass seine Nachfrage geklärt wurde und dankt für den Nachtrag in der Niederschrift.

Somit ist die Niederschrift in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### **zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.05.2025**

Herr Röttger weist drauf hin und bittet dies im Protokoll zu vermerken, dass er in der letzten Sitzung darum gebeten hat, zum Top „Kostenentwicklung in Vorrade“ in der Niederschrift

vom 08.05.2025 zum Thema Beweisführung für die Grundabsenkung zu ergänzen, dass dies von den EBL abgelehnt wurde.

Somit ist dann die Niederschrift in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

#### **zu 3.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Keine.

#### **zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

Keine.

#### **zu 3.3 Mitteilungen der Direktion**

##### **zu 3.3.1 Aktuelle Baumaßnahmen**

Herr Mucha erläuterte anhand der Präsentation stichpunktartig die aktuellen fünf größten Baumaßnahmen, ein Auszug werde dem Protokoll beigelegt.

Herr Röttger führt nochmal zum Thema Grundwasserabsenkung in Vorrade aus, dass bis gestern sei nicht klar gewesen sei, ob der Weiterbau mit oder ohne Grundwasserabsenkung stattfinden werde. Diese sieht er aber als Grund für sein Begehren auf ein Beweissicherungsverfahren. Sollte der Weiterbau mit Grundwasserabsenkung erfolgen, sehe er die Beweissicherung als notwendige Maßnahme an und werde erneut insistieren.

Herr Giercke stellt eine Frage zu dem Neubau des Pumpwerks im Keil. Dort solle die Trennkanalisation der Dummersdorfer Straße einfließen. Diese Frage sei bereits auf der Stadtteilkonferenz in Kücknitz gestellt worden, eine Antwort stehe jedoch noch aus. Die Gewerbebetriebe in der Dummersdorfer Straße hätten mit einer Umsetzung im November 2024 bzw. Frühjahr 2025 gerechnet. Er erkundigte sich, wann nun konkret mit der Maßnahme und der begleitenden Vollsperrung zu rechnen sei. Eine Aussage dazu nach heutigem Planungsstand werde nachgereicht. Ergänzung Herr Valdiek: Vollsperrung kommt mit Sicherheit und Maßnahme folgt auf Abschluss der Baumaßnahme Niederbüßsau, die umfänglicher ausfiel, als ursprünglich geplant.

Herr Grohmann schlug vor, Herrn Giercke persönlich zu informieren, sobald die entsprechenden Informationen vorlägen.

Herr Senator Hinsen sagte zu, dem nachzugehen, warum die betreffende Frage bislang nicht beantwortet worden sei.

##### **zu 3.3.2 Info Winterdienst Rufbereitschaft**

Herr Mucha erläutert anhand der Präsentation; ein Auszug wird dem Protokoll beigelegt.

Am 8. Juli 2025 wird die erste Verhandlungsrunde nach der Pilotphase mit den Personalräten stattfinden. Darüber wurde ausführlich bei der Personalversammlung der Sparte Stadt-

reinigung berichtet. Es wäre wünschenswert, das Thema in einer guten Dienstvereinbarung zu regeln, um den Kolleginnen und Kollegen Planungs- und Handlungssicherheit zu geben und der EBL Einsatzsicherheit zu ermöglichen.

### **zu 3.3.3 Netzwerktreffen der Lübecker Repaircafés**

Herr Wetter erläutert anhand der Präsentation die aktuelle Entwicklung; ein Auszug davon wird dem Protokoll beigelegt. Die Unterstützung der Repaircafés sei eine festgelegte Maßnahme aus dem Masterplan Klimaschutz der HL. Unsere Nachhaltigkeitsmanagerin, Frau Sperrlich, habe alle zwölf Repaircafés angeschrieben, um diese zu vernetzen. Am 14.05.2025 habe ein erstes Treffen stattgefunden. Dabei sei gemeinsam mit den EBL und den Cafés besprochen worden, wie die EBL die Initiativen unterstützen könnten. Es könnte beispielsweise sein, dass Räumlichkeiten bereitgestellt oder gemeinsame Veranstaltungen organisiert würden – eventuell auch ein gemeinsamer „Reparitag“, bei dem untereinander Spezialwerkzeuge ausgetauscht werden könnten. Die EBL unterstützten die Initiative zudem in der Öffentlichkeitsarbeit. Ein von den EBL entwickelter Flyer solle beim nächsten Treffen Ende August vorgestellt werden. Außerdem solle eine Online-Karte auf der Website der EBL sowie der HL veröffentlicht werden.

Herr Zahn fragte, ob es sich um dieselben Standorte und dieselben Teilnehmer handle. Herr Wetter antwortete, dass es größtenteils dieselben Teilnehmer seien. Einige hätten feste Standorte – meist jene, die in kirchlichen Gebäuden untergebracht seien. Es gebe jedoch auch Repaircafés, deren Standorte wechselten.

### **zu 3.3.4 10. Flohmarkt für den guten Zweck**

Herr Wetter erläutert anhand der Präsentation; ein Auszug wird dem Protokoll beigelegt. Es habe sich um den zehnten Flohmarkt auf dem Wertstoffhof Mitte gehandelt, der gut besucht gewesen sei.

Insgesamt seien 2.900 Euro eingenommen worden – so viel wie noch nie zuvor.

Nebenbei seien auch einige Säcke Pflanzerde verkauft worden. Sein Fazit: Es sei wieder eine sehr gelungene Veranstaltung gewesen.

Der nächste Flohmarkt werde erst im kommenden Jahr stattfinden, da die EBL für dieses Jahr noch eine Kleidertauschbörse plane.

### **zu 3.3.5 Infoveranstaltung zum Schutz vor Starkregen**

Herr Mucha erläutert anhand der Präsentation; ein Auszug wird dem Protokoll beigelegt. Die Veranstaltung fand am 27. Mai statt. Er betont, dass die Starkregenvorsorge eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe sei.

Es sei wichtig, dass die drei Aspekte gemeinsam beleuchtet würden: Zum einen der Aufgabenträger für die Stadtplanung, da ein Großteil des Wassers von deren Oberflächen stamme; zum anderen die Entwässerungsbetriebe, die in der Regel für die Regelentwässerung innerhalb der bemessungstypischen Regenereignisse zuständig seien

– nicht jedoch für die Ableitung von Starkregen. Und schließlich seien auch die Bürger betroffen, da sie laut § 5 des Wasserhaushaltsgesetzes zur Eigenvorsorge verpflichtet seien. Unser Abteilungsleiter, Herr Stell von den Entsorgungsbetrieben, sei mit einem Vortrag vertreten gewesen, um einen fachlichen Beitrag zu leisten.

Zu dem Thema sprechen AM Herr Giercke, Herr Lange, von den EBL Herr Wetter und Herr Thyen sowie Herr Senator Hinsin.

### **zu 3.3.6 Klimaschutzpreis Sparkassenstiftung**

Herr Mucha erläutert anhand der Präsentation; ein Auszug wird dem Protokoll beigelegt. Im dritten Jahr führe die Sparkassenstiftung eine Kampagne durch. In diesem Jahr seien die EBL Partner und bei der Preisverleihung auch als Juror mit dabei. Die EBL unterstützen das Projekt zum Thema Umweltpädagogik und Abfallvermeidung – dies seien die diesjährigen Schwerpunktthemen. Die EBL unterstützen das Projekt durch ihre Öffentlichkeitsarbeit, nutzen Werbeflächen auf ihren LKWs und bespielen ihre Social-Media-Kanäle mit dem Thema, um dem Projekt dadurch Reichweite zu verschaffen. Gerne dürfe jeder dafür Werbung machen, dass sich Vereine, Schulen, Hochschulen und Privatpersonen im Kontext Umweltpädagogik und/oder Abfallvermeidung bewerben können. (Hinweis: keine Bewerbung von Betrieben.)

Zu dem Thema sprechen AM Frau Lengen, Herr Zahn, Herr Grohmann und von den EBL Herr Mucha sowie Senator Hinsien.

<b>zu 3.3.7 AM Volker Koß (GAL): Nutzung von Gartensprengwasserzählern (§ 7 Abs.1 EwGS) Vorlage: VO/2025/14303</b>
--

Die WA-Anfrage wird im Juli beantwortet, da die Zahlen erst Ende Juni in der Abteilung Abgaben und Satzungen zusammengetragen werden.

Herr Giercke sagte, in den nächsten drei Jahren würden bei den Wasserzählern die Kalibrierungen ablaufen. Er fragte, wie hoch der Aufwand für die EBL sei. Man könne doch überlegen, ob das Verfahren abgeschafft werden könne. Bei einer Befragung der Bürger käme eine jährliche Ersparnis von 6,- Euro heraus, während ein neuer Zähler 38,- Euro koste. Dies stehe in keinem Verhältnis.

Herr Wetter berichtete, dass der Aufwand sehr groß sei. Die Abteilung Abgaben und Satzungen übernehme diese Aufgabe; zwei Personen seien für die Abrechnung zuständig. Die Ersparnis sei so gering, dass sich der Aufwand eigentlich nicht lohne. Wenn die Zähler abgelaufen seien, müssten sie erneuert werden. Es gebe einige tausend Anträge pro Jahr.

Zu dem Thema sprechen AM Frau Lengen, Herr Dr. Koß, Herr Grohmann, Herr Ingwersen, und von den EBL Herr Mucha und Herr Wetter.

Frau Helzel fragte zum Thema Gelbe Säcke bzw. Gelbe Tonnen nach, ob es etwas Neues gebe.

Herr Mucha antwortete, es gebe nichts Neues; das Verfahren laufe.

**Anfrage:**

1. Wie viele Kunden nutzen Gartenwassersprengzähler, um sich Schmutzwassergebühren erstatten zu lassen?
2. Wie viele der Kunden verbrauchten im Jahr 2024 weniger als 20 m<sup>3</sup> ; 20 - 50 m<sup>3</sup> ; 50 - 700 m<sup>3</sup> ?

Falls Daten für ein anderes Jahr und andere ähnliche Verbräuche mit geringerem Arbeitseinsatz erstellbar sind, können diese Daten angegeben werden.

<b>zu 4 Berichte</b>
----------------------

<b>zu 4.1 Quartalsbericht IV/2024 der Entsorgungsbetriebe Lübeck Vorlage: VO/2025/14291</b>
---

Nachfrage von Frau Wolff zu Punkt 5, warum 2,1 Mio. Euro weniger an angelieferter Mengen auf der Deponie vereinnahmt wurde, als ursprünglich geplant. Sie fragte, wo diese Mengen geblieben seien.

Herr Mucha erklärte, dass diese auf anderen Deponien gelandet seien. Der Hintergrund der Mindereinnahmen sei zum Teil so geplant gewesen. Dies hänge damit zusammen, dass die Deponie über eine begrenzte Kapazität verfüge und – Stand heute – voraussichtlich bis 2035 verfüllt sei. Würde man ohne Einschränkungen Abfälle annehmen, wäre die Deponie zu früh verfüllt. Für die verbleibenden Jahre bis zur erwarteten Genehmigung der Erweiterung stünden dann keine Kapazitäten mehr zur Verfügung. Deshalb reduziere man bewusst das Volumen der Gewerbeabfälle, um bis zum geplanten Zeitpunkt der Genehmigung handlungsfähig zu bleiben.

Frau Wolff fragte, ob für 2025 bereits ohne die 2,1 Mio. Euro geplant worden sei.

Herr Mucha sagte, man habe mehr geplant als letztlich enthalten gewesen sei; dies müsse noch abgeglichen werden. Die EBL hätten ihr Verhalten teilweise korrigiert, auch in Anbetracht der Tatsache, dass das Genehmigungsverfahren sich bereits jetzt verzögert.

Weitere Nachfrage von Frau Wolff warum sich auch die Abwasserbehandlung für Lübecker Kunden reduziert hat.

Herr Mucha erklärt, es gebe eine neue Erkenntnis, die auch in den Wirtschaftsplan eingeflossen sei: Es sei ein Kipppunkt erreicht worden, da die Abwassermengen rückläufig seien.

Herr Grohmann fragte, wie man mit dem Thema weiter verfare – ob man dies nachreiche oder bis zum Jahresabschluss abwarte.

Herr Mucha schlug vor, die Informationen mit dem Jahresabschluss vorzustellen.

Herr Zahn stellte fest, das Planungsziel sei um 4,8 Mio. Euro verfehlt worden, und wesentliche Abschlussprüfungen würden noch fehlen. Er fragte, ob eine „nacharbeitende Punktlandung“ möglich sei.

Herr Mucha sagte, dies wäre der Abgleich vom Quartalsbericht mit dem Jahresabschluss, der derzeit fertiggestellt werde. Es sei klar, dass die EBL gegenüber dem Plan mit einem Minus abschließen würden. Trotz sinkender Mengen gebe es gleichbleibende oder steigende Betriebskosten, da diese mit dem Betriebsaufwand nicht proportional sanken.

Nachfrage von Herrn Dr. Koß, ob es Erkenntnisse zur Ablagerung radioaktiver Abfälle gebe.

Herr Mucha versichert, es gebe bislang keine weiteren Erkenntnisse.

Nachfrage von Frau Helzel, ob im Quartalsbericht immer noch der Fehler bezüglich der Frontmeter im Winterdienst bestehe – offenbar sei ein falscher Parameter hinterlegt.

Herr Grohmann ergänzte, es sei darüber berichtet worden, dass sich dieser Fehler aufaddiere.

Weitere Nachfrage von Frau Helzel zur Verwaltungskostenpauschale. Ob es hier eine Veränderung gegeben habe.

Herr Mucha vermutete einen Fehler. Die Angabe der Verwaltungskostenpauschale für 2024 müsse geprüft werden. Er vermutete, dass die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr gemeint seien. Wenn es sich um Planwerte handle, die nicht mengenabhängig seien, ließe sich möglicherweise erklären, warum der Wert gleichgeblieben sei. Auch dies werde im Jahresabschluss ersichtlich sein.

Herr Grohmann bittet, dass dieser Punkt im Protokoll nachberichtet wird.

*(Anmerkung: Wg. benötigter Informationseinholung ist es nicht möglich, dies fristgerecht in diesem Protokoll einzuarbeiten – Herr Mucha wird dazu im nächsten WA berichten).*

Nachfrage von Herrn Giercke zur ungeplant hohen CO<sub>2</sub>-Abgabe. Diese sei durch die EU vorgegeben und werde von der Bundesregierung umgesetzt. Soweit er wisse, sei dies seit 2015 bekannt.

Herr Mucha erklärte, dass seit 2015 eine nationale Bepreisung von Klimagasen durch das deutsche Emissionshandelsgesetz (BEHG) bestehe. Nun erfolge die Überführung in ein europäisches Handelssystem. Anlagen zur Abfallverbrennung seien nun einbezogen worden, was zuvor nicht der Fall gewesen sei. Bis ins letzte Jahr hinein sei dies noch Verhandlungsmasse gewesen. Deutschland und weitere Länder sowie die Branche insgesamt hätten sich gegen die Einbeziehung gewehrt – mit dem Argument, dass man keinen Rohstoff verbrenne, sondern Reststoffe, die nicht weiterverwertet werden könnten. Man sei jedoch mit dieser Argumentation nicht durchgedrungen und falle nun unter das europäische Emissionshandels-

system.

Herr Giercke äußerte, dass die thermische Verwertung ohnehin CO<sub>2</sub> erzeuge, da es sich um verwertbare Abfälle handle. Er fragte, ob dies in Stapelfeld geschehe bzw. wo die Verbrennung stattfände.

Herr Mucha antwortete, dass die Verbrennung in Neumünster erfolge.

Herr Giercke ergänzte, dass die Energie dennoch vollständig genutzt werde.

Herr Mucha bestätigte dies, wies jedoch darauf hin, dass laut Gesetz für die CO<sub>2</sub>-Veranlagung die „Inverkehrbringung“ entscheidend sei. Da die EBL Eigentümer des Abfalls seien, brächten sie den Abfall als Brennstoff in Verkehr – beziehungsweise der Betreiber der Verbrennungsanlage. Dieser stelle die Kosten dem Anlieferer in Rechnung. Infolgedessen würden die Kosten bei der EBL verbucht – seit letztem Jahr mit zusätzlich ca. 1 Mio. Euro pro Jahr, die nun erstmals in die Planung eingeflossen seien.

Herr Giercke fragte weiter, ob dies nicht eine größere Motivation bedeute, zukünftig verbrennbare Rückstände – insbesondere Sortierrückstände – zu verbrennen.

Herr Mucha bestätigte dies, insbesondere für die heizwertreiche Fraktion am Ende der Sortierung, die bislang lediglich deponiert oder verbrannt werde. Der Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen werde weiter steigen – durch die Verknappung der Zertifikate.

Herr Giercke regte an, dieses Thema stärker in der Öffentlichkeitsarbeit zu berücksichtigen – schließlich könne man die CO<sub>2</sub>-Abgaben nicht vermeiden, und der Bürger müsse diese letztlich bezahlen.

Herr Mucha zitierte in diesem Zusammenhang die politische Absicht: Der Preiseffekt solle beim Bürger ankommen und zu einer Bewusstseinsentwicklung führen – hin zur Vermeidung von Abfällen.

Herr Grohmann fragte abschließend, ob der Ausschuss in der Lage sei, den Quartalsbericht – inklusive der noch nachzureichenden Informationen – zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss nahm den Quartalsbericht einstimmig zur Kenntnis.

#### **zu 5      Beschlussvorlagen**

Keine.

#### **zu 6      Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

Keine.

#### **zu 7      Anträge von Ausschussmitgliedern**

Keine.

#### **zu 8      Verschiedenes**

Herr Rohlf, die Grundsteuer sei verschickt worden, wie hat die EBL abgeschnitten.

Herr Mucha, dazu könne er heute leider nichts sagen.

Nachfrage Herr Grohmann, ob dazu in der Juli- oder Septembersitzung berichtet werden soll.

Herr Mucha würde das gerne im September beantworten.

Nachfrage Herr Röttger zur nicht abgeholten Papiertonne. Was passiert jetzt? Herr Zarbrock teilte mit, sei die Baufirma für zuständig, aber erst wenn die Vollsperrung da sei.

Herr Wetter bietet an das mit dem Kundenservice und der Logistik abzuklären für den Schierkamp.

Herr Ingwersen hatte Ähnliches, wegen einer DSK Maßnahme.

Herr Giercke informiert zum Thema Fischernetze und Reduzierung der Abfallgebühren der Vereine. Er hätte über Frau Helzel eine Antwort erhalten und hat das im Rahmen der Ostseekonferenz in Neustadt an das Umweltministerium weitergegeben. Das Umweltministerium bestätigt die Einschätzung der EBL zur Kostentragung. Es müsse also mit dem „Abfallverursacher“ gesprochen werden und das seien in diesem Kontext die Fischer. Und die Fischer seien organisiert im Landwirtschaftsministerium und jetzt wird diskutiert, ob die EBL Finanzmittel erhalten kann aus dem Topf der Fischer aus dem Landwirtschaftsministerium für die Entsorgung der Fischernetze. Das wird geprüft, die EBL sollen dazu aus dem Ministerium einen Entwurf erhalten mit der Bitte um Stellungnahme. Ziel sei ein Pilotprojekt unter Beteiligung EBL und Kostentragung Landwirtschaftsministerium.  
Herr Mucha dazu: Wir müssen nur wissen, woher das Geld kommt und dann kann gesammelt, entsorgt und abgerechnet werden.

#### **zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:19 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.  
Die Sitzung wird um 17:19 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

#### **zu 16      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende erklärt, dass im nichtöffentlichen Sitzungsteil 2 **Beschlüsse** gefasst wurden gemäß dem Beschlusstext in der Vorlage zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil wie folgt:

- 14.1. Der Werkausschuss stimmt der Ausschreibung von Einzelgewerken zum Bau des Multifunktionsgebäudes auf dem Zentralkläwerk zu.
- 14.2. Der Werkausschuss stimmt der Ausschreibung der geplanten Auftragsreinigung für  
zurzeit  
8 Bedürfnisanstalten durch ein Reinigungsunternehmen für den Auftragszeitraum von  
2 Jahren (mit Option auf 3 Jahre) zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:27 Uhr.

Lübeck, den 11. Juli 2025

Carsten Grohmann  
Vorsitzende/r

Susanne Bak  
Protokollführung